

Bangkok Politik am Wendepunkt

Wiederkehr der dunklen Kapitel thailändischer Geschichte?

Diese kummervolle Frage stellen sich seit einigen Wochen viele aus- wie inländische Beobachter der thailändischen politischen Szenerie. Mit zunehmender Besorgnis, aber auch immer prononcierteren kritischen Kommentaren, begleiten thailändische politische Parteien, unabhängige soziale Organisationen und Initiativen (NGOs), Studentengruppen und akademische Zirkel die Debatte um eine neue Verfassung.

Führende Thai-Politiker sehen Gewalt und neuen Coup voraus

Nach den Worten des Führers der einflußreichen New Aspiration Party, General Chavalit Yongchaiyudh, stellt der Verfassungsentwurf in seiner bisherigen Form eine Bedrohung der nationalen Sicherheit dar und führt das Land zurück in die finsternen Zeiten der Vergangenheit, in denen sich Wahlen und Militärputsch einander ablösten. Der Entwurf zeige, so der General, einen klaren Trend hin zu einem neuerlichen Militärputsch gleich nach den für April 1992 angesetzten Wahlen.

"Thailändische Politik ist noch immer in einem Teufelskreis befangen, beginnend mit einer Machtergreifung, dem Schreiben einer neuen Verfassung, der Durchführung von Wahlen, und endend mit einer neuen Machtergreifung mit dem Ziel der Durchsetzung einer neuen Verfassung die wichtigste Ursache für diesen endlosen Kreislauf zu suchen ist". Seiner Auffassung nach mag der gegenwärtige Entwurf noch diese oder jene Änderung erfahren, was aber nichts daran ändert, daß diese Verfassung das Produkt eines Militärputsches sei (vom Februar dieses Jahres) und daher keine lange Lebensdauer haben werde, wie die Vergangenheit immer wieder gezeigt habe. Er fordert die Öffentlichkeit daher auf, ihre Aufmerksamkeit weniger auf eine Verbesserung des Konstitutionstextes als auf den Aufbau

wirklich demokratischer Strukturen zu richten.

In einer Stellungnahme der Democracy Party warnte deren Parteiführer, Chuan Leekpai, die gegenwärtig herrschende Militärjunta vor gewaltsamen politischen Unruhen, sollte das Militär nicht von seinem Vorhaben ablassen, das Recht auf Regierungsposten auch für aktive Beamte des Staatsapparats (mithin auch für aktive Militärs) in der neuen Verfassung verankern zu lassen. *"Die politische Situation in unserem Land würde von gewaltsamen Protesten gekennzeichnet sein, sollte das Militär Ernst machen mit diesem Schritt. Die Bevölkerung würde sich herausgefordert fühlen. Niemand wird eine solch undemokratische Regelung befürworten,"* behauptet Chuan, Stellvertretender Ministerpräsident der letzten zivilen Regierung.

vgl. BP 7.,11.,14.11.91

Gemeinsame Protestaktionen

Als Mitte November das unter Einfluß der Militärjunta stehende Verfassungskomitee seine Arbeit abschließt und seinen Entwurf für eine neue Verfassung dem nicht minder vom NPKC manipulierte Parlament vorlegt, streben die Proteste und Kampagnen politischer Parteien, Interessensgruppen und akademischer Kreise einem neuen Höhepunkt zu. Studenten- und Gewerkschaftsaktivisten verbrennen symbolisch Exemplare des Verfassungsentwurfs auf der Straße vor dem Parlament. Ihre Organisationen rufen ebenso wie einige der großen politischen Parteien die Öffentlichkeit zu Massenversammlungen auf.

Bangkoks Gouverneur Chamlomong Srimuang kündigt eine Unterschriftenaktion für eine verbesserte Verfassung an. Der angesehene Prof. Dr. Prawase Wasi will für eine Protestpetition an den König eine Million Unterschriften sammeln. Dazu der feinsinnige Kommentar des Armeekommandanten Suchinda Kraprayoon: *"Was sind schon ein paar hundert Unterschriften! Ich kann jeder Zeit 100.000 Soldaten dazu brin-*



Hat sich das geändert?

aus: Bangkok Post v. 22.10.91

gen, für mich zu unterschreiben!"

Übereinstimmung herrscht in allen politischen Lagern, mit Ausnahme der dem Militär nahestehenden Parteien (Samakkhi Tham und seit jüngstem auch Chart Thai Party), daß der Verfassungsentwurf in seiner jetzt vorliegenden Form mit demokratisch-parlamentarischen Spielregeln nichts im Sinn hat und ausschließlich dazu dient, ein Scheinparlament unter der Kontrolle der gegenwärtig herrschenden Militärjunta zu etablieren. Der Protest richtet sich insbesondere gegen die folgenden Beschlüsse:

- ein Oberhaus bestehend aus 360 Senatoren soll durch den NPKC ernannt werden; ihm obliegt die Nominierung des Premierministers sowie des Parlamentspräsidenten; unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen ist es den Senatoren möglich, gegen die Mehrheit der 360 gewählten Unterhausvertreter einen Premierminister zu bestimmen, der auch eine Person von außerhalb des Parlaments (Militär z.B.) sein kann; schließlich: die Einflußnahme des Oberhauses auf Gesetzgebung, Staatshaushalt (Vetorecht) und auf die Regierung (Mißtrauensvotum) wurde gegen-

über der alten Verfassung deutlich erweitert;

- Regierungsbeamte, also auch aktive Militärs, können politische Posten bekleiden, ohne zuvor aus ihrem Amt ausscheiden zu müssen, wie es die bisherige Verfassung vorschrieb.

Letztere Klausel soll es dem amtierenden Armeechef General Suchinda Kraprayoon erlauben, die Premierministerschaft zu übernehmen, ohne zuvor aus dem Militärdienst ausscheiden, sich einer Partei anschließen und sich den Wahlen stellen zu müssen, wie es in den Regularien der alten Verfassung niedergelegt war.

In einer bislang unbekanntenen Einigkeit beschließen am 16. November sieben politische Parteien (Palang Dharma, Democrat, Solidarity, New Aspiration, Prachakhorn Thai, Chart prachachon und Social Democrat Force Party) zusammen mit neun unabhängigen pro-demokratischen Initiativen, Studentenorganisationen und Menschenrechtsgruppen (u.a. Union for Civil Liberty, NGO Coordination Committee for Rural Development, Coordinating Group for Religion in Society, Student Federation of Thailand) gemeinsame Schritte gegen die vom Militär favorisierte und für

eine demokratische Verfassung. In einer gemeinsamen Erklärung der neun NGOs heißt es u.a.:

"Es ist offensichtlich geworden, daß der Verfassungsentwurf nur dazu dienen soll, dem NPKC die Kontrolle der Staatsmacht auch über die nächsten Wahlen für weitere vier Jahre zu erlauben. Die Wahlen selbst, die gewählten Volksvertreter und ihre Parteien werden keinerlei Einfluß auf die Staatsgeschäfte ausüben können. Die Macht wird weiterhin in den Händen einer Gruppe von Soldaten ruhen sowie einer oder zwei Parteien, die sich durch ihre Unterwerfung unter das Militär eigene Vorteile versprechen. Mit welcher übergroßen Mehrheit die anderen Parteien auch immer die Wahlen gewinnen mögen, innerhalb des Parlaments bleiben sie in einer Minderheitenposition. Die Wahlen sind bloße Kosmetik zur Besänftigung der internationalen Öffentlichkeit."

vgl. BP 8.,27.,31.10.,2.,3.,16.,17.11.91;
AW 11.10.91

Einhellige Kritik der Medien

Banyat Tasaneeyavaj dazu in seiner Wochenendanalyse in der Bangkok Post:

"Beendigung der parlamentarischen Diktatur durch die politischen Parteien war einer der Gründe mit denen das Militär seinen Putsch vom 23. Februar dieses Jahres zu rechtfertigen suchte. Doch der jetzige Verfassungsentwurf ist weitaus diktatorischer. Es stellt eine langfristige Machtergreifung dar durch eine Regierung, die nicht gewählt, sondern vielmehr ernannt wird. Das Parlament unter dieser Verfassung ist ohne Bedeutung und seine Mitglieder sind nicht in der Lage ihre Pflichten auszuüben - eine Situation, die der kaltblütigen Zerstörung des demokratischen und parlamentarischen Prozesses gleichkommt, und in der Kritik und Kommentare keine Platz haben."

In einem in dieser Form ungewöhnlichen und in einem dramatischen Ton gehaltenen Kommentar auf der Frontseite der englischsprachigen Bangkok Post vom 16. November heißt es unter anderem:

"Seit dem Sturz des diktatorischen Regimes unter Thanin Kraivixien durch das Militär vor

mehr als einem Jahrzehnt hatten wir die Hoffnung gehabt, daß unser Land niemals wieder zu solchen finsternen Zeiten zurückkehren möge. Niemals wieder, so sagten wir uns, würde das thailändische Volk es zulassen, daß seinem Streben nach Demokratie mit solcher Verachtung von Seiten der herrschenden Elite gegenübergetreten werde. Und niemals wieder würden wir es zulassen, daß das Ansehen unseres Landes in den Augen der zivilisierten internationalen Gemeinschaft so tief sinken werden. (...) Doch die grausame Vergangenheit holte uns ein in Gestalt des Verfassungsentwurfs, der gestern von dem beauftragten Komitee dem Parlament vorgelegt wurde, (...) Dieser Verfassungsentwurf enthält all die notwendigen Bausteine für ein Wiederbeleben längst vergangener, unerwünschter Zeiten und alle Voraussetzungen für die Errichtung einer despotischen Herrschaft. Die nackte Wahrheit ist, daß dieser Entwurf absolut nichts mit den Grundlagen einer Demokratie zu tun hat."

Auch die thailändischen Zeitungen lassen es an deutlichen Worten der Kritik nicht fehlen. So entschuldigt sich die aufgabenstarke thailändische Tageszeitung *Thai Rath* in bitteren Worten bei den Mitgliedern des Verfassungsentwurfkomitees dafür, dessen Fähigkeiten unterschätzt und es nicht gleich als eine vom Militär manipulierte Mannschaft identifiziert zu haben.

Angesichts der Breite und Entschiedenheit des öffentlichen Widerstands gegen den gegenwärtigen Verfassungsentwurf - praktisch sämtliche große Zeitungen Thailands lassen es an derber Kritik nicht fehlen - schließen politische Beobachter nicht aus, daß das NPKC, um öffentliches Ansehen bemüht, das Parlament anweisen wird, den Entwurf in seiner Gesamtheit abzulehnen. In einem solchen Fall ist vorgesehen, daß dann eine modifizierte Form der alten Verfassung vorübergehend eingesetzt wird, um in jedem Fall an dem Termin für die nächsten Wahlen (April 1992) festhalten zu können.

vgl. BP 16.,17.11.91

Thailändische Investitionen in Birma

Das thailändische Wochenmagazin *Siam Rath Weekly Review* veröffentlichte eine Liste von 85 thailändischen Unternehmen, die ihren eigenen Angaben zufolge seit der blutigen Machtübernahme durch das Saw Maung Regime etliche Milliarden Baht in Birma investiert haben. 41 Unternehmen haben ihr Geld in Holzfällarbeiten investiert, die übrigen sind im Fischereiwesen, Tourismus, bei der Energieerzeugung, im pharmazeutischen Bereich und im Glücksspielgeschäft sowie bei der Ausbeutung von Bodenschätzen (Erze, Öl, Edelsteine) aktiv. Folgende Unternehmen führen die Liste an:

- Chao

Phya-Irra-waddy Company, ein Joint-Venture führender Mitglieder der Chart Thai Party zusammen mit einer Gruppe ehemaliger Armeeeoffiziere;

- Mae Moei Logging Industry, Mae Moei Timber Company, Prathum Thani Tangkarnkarn und Santi Forest Products, Mehrheitsbesitzer:

ein früheres Parlamentsmitglied der Chart Thai Party, der heute zu der militärhörigen Samakki Tham Party abgewandert ist, zusammen mit einigen Armeeeoffizieren;

- Silom Complex Company, dessen Besitzer durch Familienbeziehungen in engem Verhältnis zu führenden Militärs steht;

- Sirin Technology Company, dessen Besitzer ein leitendes Mitglied der New Aspiration Party aus Lampang ist und dessen Investitionsvolumen auf 5 Mrd. Baht geschätzt wird;

- Sri Denchai Suphan Buri Company, in Besitz zweier früherer Parlamentsabgeordneter der Chart Thai Party, dessen Aktivitäten neben Holzabschlag auch den Bau eines Hotels und eines Spiel-

kasinos im Goldenen Dreieck umfaßt;

- Thip Tarnthong Company, in Besitz eines früheren hohen Armeeeoffizier mit dem Anfangsbuchstaben "C" (vermutlich Chavalit, P.S.), und involviert in einer Vielzahl von Aktivitäten wie Hotelgewerbe, Fischerei, Edelsteine, Bau von Einkaufszentren, Im- und Exportgeschäft von Konsumartikeln aller Art;

- Union Parr Company, dessen Besitzer der Schwiegersohn eines früheren Armeechefs (vermutlich erneut Chavalit, P.S.) ist. Aktivitäten: Tourismus

- Sila International Company, ebenfalls in Besitz eines



aus: Bangkok Post v. 24.10.91

früheren Parlamentsmitglieds der Chart Thai Party und aktiv im Holzgewerbe in Regionen, die von den Karen Rebellen beherrscht werden.

Alle Investitionen, so der Artikel des Magazins, liegen in den Händen einer kleinen Zahl von einflußreichen thailändischen Familien und sind sehr lukrativ. Sie haben dazu geführt, daß die thailändische Regierung trotz internationaler Proteste und eines Wirtschaftsboykotts sich bis heute weigert, die Verletzung der Menschenrechte in ihrem Nachbarland zu verurteilen.

vgl. BP November 1991